

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Vertragen sich die Rheinkraftwerke mit der Umwelt oder nicht?

Wenig Begeisterung, aber viel Skepsis für die geplanten fünf Staustufen im schweizerisch-liechtensteinischen Grenzgebiet des Rheins

(G.M.) - Die geplanten Rheinkraftwerke mit den fünf Staustufen zwischen Balzers/Trübbach und Ruggell/Sennwald stossen in der Bevölkerung diesseits und jenseits des Rheins auf Ablehnung, zumindest aber auf Skepsis. Das Studienkonsortium Rheinkraftwerke, bestehend aus Vertretern der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) und der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK), hat deshalb den Akzent der Pressekonferenz vom Montag auf die Umweltverträglichkeit des Projektes gesetzt. Alex Streichenberg, Vorsitzender der Technischen Kommission im Studienkonsortium, stellte seine Erläuterungen zur abgeänderten Planung unter die Überschrift «Das optimale Konzessions-Projekt 1990 und seine Vorteile für die Umwelt».

Die Bevölkerung im Fürstentum Liechtenstein und im st. gallischen Rheintal wehrt sich nicht grundsätzlich gegen die weitere Stromproduktion, zumal in diesem Gebiet die Zuwachsraten des Stromverbrauchs über dem schweizerischen Durchschnitt liegen. Allein in unserem Land stieg der Verbrauch an elektrischer Energie im letzten Jahr um rund 5 Prozent an, während in der Schweiz die Verbrauchssteigerung nur die Hälfte betrug. Skepsis bis Ablehnung herrscht gegenüber der Vorstellung, dass mit dem Bau der Rheinkraftwerke die Landschaft nachhaltig verändert werde. Mit der fünfmaligen Stauung des Fliessgewässers verwandelt sich der Rhein in eine unterteilte Seenlandschaft mit all den Veränderungen, die mit der Umwandlung eines fliessenden Gewässers in eine Seenlandschaft für die Tier- und Pflanzenwelt sowie für das Auge des Betrachters verbunden sind.

### International anerkannte Experten

Derzeit befindet sich der Umweltverträglichkeitsbericht in Ausarbeitung, der

## Liechtenstein - FC Bayern 0:4

Im Hinblick auf die beiden Olympiaschiedsspiele gegen Österreich, welche am 11. September (in Balzers) und am 16. Oktober (in Innsbruck) stattfinden werden, traf Liechtensteins Unter-21-Fussballauswahl am Montag in einem Vorbereitungsspiel auf das Amateurtteam des FC Bayern München. Vor nur rund 200 Zuschauern in Balzers, standen die Liechtensteiner von Anfang an auf verlorenem Posten und mussten sich am Ende mit 0:4 (0:2) Toren geschlagen geben. Die Gäste waren praktisch in allen Belangen überlegen und siegten in dieser Höhe verdient. Die Chance zum Ehrentreffer vergaben die Liechtensteiner kurz vor Schluss durch einen verschossenen Penalty. Mehr über dieses internationale Freundschaftsspiel im Sportteil.

## Sucht

In der heutigen Ausgabe beginnt eine Artikelserie zum Thema Sucht. Nach der Schilderung der Situation eines Süchtigen sollen im Laufe der Artikelserie vor allem Fragen der Vorbeugung diskutiert werden: Was kann die Familie, die Schule, was kann der Betrieb tun, um einer Sucht vorzubeugen, oder um eine Suchtkarriere zu verkürzen?

Die Artikelserie wurde im Auftrag der Regierung von der «Netzwerk» - Anstalt für professionelle Prävention geschrieben. Sie können die ganze Serie dort (kostenlos) bestellen, oder Fragen und Anregungen anbringen. Adresse: Postfach 332, Triesen, Telefon 2 00 70.

Die Figur des Martin Muster ist frei erfunden. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind aber sicher nicht zufällig, sondern sie entsprechen den psychologischen Erkenntnissen.

sich aus dem Fragenkatalog der Behörden ergibt, die nach der Planaufgabe 1985 an das Konsortium Fragen über die Auswirkungen des Projekts auf Fischerei und Grundwasser, auf die Raumplanung und das Abwasser, auf die Wasserversorgung, den Geschiebetransport und die Sicherheit stellten. Die Arbeiten am Umweltverträglichkeitsbericht befindet sich bereits im zweiten Jahr und wie Dr. Peter Sulser, Projektleiter Umweltverträglichkeit im Studienkonsortium, an der Pressekonferenz erklärte, ist ein Team international anerkannter Experten zusammengestellt worden, das «eine sehr hochwertige Bearbeitung der Umweltbelange» garantieren soll. Neben eigenen Fachleuten wurden nach seinen Angaben folgende externe Experten eingesetzt:

Die Versuchsanstalt für Wasserbau und Hydrologie der ETH Zürich für den Bereich «Flussregime und Feststofftransporte», das Ingenieurbüro Sprenger und Steiner AG, Triesen, für «Auswirkungen auf das Grundwasserregime», Mario F. Broggi, Vaduz, für «Natur und Landschaft», das Institut für Wasserwirtschaft an der Universität für Bodenkultur, Wien, für «Fischerei», das Büro Strittmatter und Partner AG, St. Gallen, für «Raumplanung» sowie die Firma Agrar

und Hydrotechnik GmbH, Essen, für «Landwirtschaft».

### Naturversuch beim Kraftwerk Reichenau

Dr. Peter Sulser beabsichtigt, die Arbeiten am Umweltverträglichkeitsbericht bis Ende dieses Jahres abzuschliessen. In einem ersten Schritt sind nach seinen Angaben Datenerhebungen durchgeführt worden, die «alle erforderlichen Grundlagen zur Beschreibung der relevanten Umweltaspekte» lieferten. Wo keine Daten aus bisherigen behördlichen Überwachungen vorlagen, wurden eigene Beobachtungsprogramme durchgeführt, insbesondere in den Bereichen Flora und Fauna, Bodenwasserhaushalt und Landwirtschaft sowie Gewässerökologie und Fischerei. «Von grosser Bedeutung» war nach seiner Darstellung der Naturversuch beim Stauraum des Kraftwerks Reichenau in Graubünden. Dieser Versuch sollte in erster Linie Erkenntnisse liefern über das hydrologische und gewässerbiologische Verhalten eines Stauraumes unter ähnlichen Bedingungen, wie sie in der Konzessionsstrecke entstehen würden. Mit den Ergebnissen des Naturversuchs können nach Angaben von Sulser die in der Umweltstudie eingesetzten Prognosemodelle geprüft, geeicht und allenfalls verbessert werden. Demgegenüber hatte die Liechtensteinische Gesellschaft für

Umweltschutz (LGU) schon vor einiger Zeit erklärt, dass sie die Wahl des Vergleichskraftwerks für zweifelhaft halte, weil das Kraftwerk Reichenau-Ems in technischer Hinsicht anders beschaffen sei als die geplanten Staustufen entlang der schweizerisch-liechtensteinischen Grenze. Unterschiedlich seien auch die naturräumlichen Gegebenheiten sowie die Talausformung.

### Umwelt und Energie in Einklang bringen

Auch in den verschiedenen Nachfragen zu den Ausführungen der NOK und LKW-Vertreter an der Pressekonferenz kam Skepsis über das Vorhaben zum Ausdruck, die sich insbesondere gegen den Natureingriff richtete. Naturerhaltung steht vorerst noch gegen die geplante Stromproduktion. In seinem Schlusswort formulierte LKW-Verwaltungspräsident Heinz Büchel seine Hoffnung, dass bei ökologischer Vertretbarkeit des Projekts auch die politische Akzeptanz für das Vorhaben vorhanden sein sollte, damit es realisiert werden könne: «Wir müssen Energie und Umwelt als Optimierungsaufgabe sehen sowie den Einklang zwischen den Bedürfnissen der Menschen und der Natur finden - eine Herausforderung, die wir alle ein Stück mittragen müssen.»

## KOMMENTAR

Das Projekt Rheinkraftwerke hat die öffentliche Meinung sogleich in zwei Teile gespalten: Die eine Seite sprach von Versorgungssicherheit und wies vor allem auf die für das Fürstentum Liechtenstein verheissungsvolle Perspektive hin, dass ein erheblicher Teil des Stromverbrauchs im Jahresdurchschnitt durch die Produktion aus diesen fünf geplanten Staustufen im Rhein gedeckt werden könnte; auf der anderen Seite wurden Befürchtungen aus Umweltschutzkreisen laut, insbesondere auf der schweizerischen Seite, die aus diesem Eingriff in die Flusslandschaft des Rheins eine erhebliche Störung des bestehenden Gleichgewichts in der Natur voraussagten.

Das Studienkonsortium Rheinkraftwerke, das für die Planungs- und Abklärungs-

### Energie gegen Umwelt?

phase mehrere Millionen Franken investiert, nahm die sich bei der Planaufgabe artikulierenden Warnungen und Gegenstimmen ernst und legte nun mit dem «optimalen Konzessions-Projekt 1990» einige Änderungen vor, das erste Erkenntnisse aus den Untersuchungen zur Umweltverträglichkeit berücksichtigte und auch auf die Wünsche nach einer Redimensionierung der Anlage einging. «Wir glauben», so erklärte Alex Streichenberg an der Pressekonferenz vom Montag, «dass nun ein Projekt vorliegt, das einerseits die Bedürfnisse nach einer besseren regionalen Abdeckung der Stromversorgung befriedigt, sich andererseits aber auch harmonischer in das grossräumige Landschaftsbild einfügt.»

Anderer Auffassung ist die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), die in ihrem «Grünbuch» 1987 «weitgehende Mängel bezüglich Grundwasser, aber auch im Hinblick auf den Rhein als Naturlandschaft und Erholungsgebiet» feststellte und diese Skepsis auch nach der Änderung der Planung aufrechterhält. Noch deutlicher gegen die Rheinkraftwerke opponiert die Vereinigung zum Schutze des Rheins (VSR), die alle Eingriffe in die Rheinlandschaft bekämpfen möchte und die «Gefahr einer ökologischen Katastrophe» heraufbeschwört.

Der Umweltverträglichkeitsbericht, der gegenwärtig erstellt wird, dürfe weiteren Aufschluss geben - für beide Seiten. Zur eigentlichen Nagelprobe wird die Umweltverträglichkeitsprüfung werden, die sich daran anschliesst. Das Konsortium Rheinkraftwerke geht davon aus, dass im Fall der Umweltverträglichkeit der Realisierung des Projektes zugestimmt wird. Dieser Haltung kann sich die Vereinigung zum Schutz des Rheins, wie sie in einer Broschüre dargelegt hat, vorerst noch nicht anschliessen, denn sie möchte den Rhein in seiner heutigen Form behalten und will alle Eingriffe «mit allen legalen Mitteln und unnachgiebig bekämpfen.»

Hinter diesem Kampf um ein Stück Flusslandschaft steht aber nicht nur die Problematik des Natur- und Landschaftsschutzes, sondern auch der offenbar täglich steigende Bedarf an Energie. Wer sich gegen die Rheinkraftwerke ausspricht, kann dies nicht nur aus Sorge um die Umwelt tun, sondern muss den Umweltschutzgedanken auch mit dem Gedanken der Beschränkung, der Selbstbeschränkung, verbinden. Die Rheinkraftwerke sind nicht nur ein komplexes technisches Problem, sie stehen nicht zuletzt auch für unsere Gesellschaft, die bisher das quantitative Wachstum zu stark in den Vordergrund stellte. (G.M.)

## Sicherheit für Schüler auf dem Schulweg

Schulbeginn im ganzen Land - wie werden die Kinder am besten auf den Schulweg vorbereitet?

(S.M.) - Am vergangenen Montag hat in unserem Land die Schule wieder begonnen. Für viele Kinder ist es der erste Schultag in ihrem Leben überhaupt. Von den Gefahren, welche auf den Strassen lauern, wissen sie oftmals zu wenig - oder noch gar nichts. Darum ist es sehr wichtig, dass sie rasch und sorgfältig darüber aufgeklärt und informiert werden. Dies gilt aber nicht nur für die Kinder, sondern auch die Autofahrer sollten wieder verstärkt an die Vorsicht im Strassenverkehr denken.

Einige Tipps und Gedanken, welche die Eltern frühzeitig an ihre Kinder weitergeben sollten:

- Trainieren Sie den Schulweg mit Ihrem Kind mehrmals. Achten Sie besonders darauf, dass sich Ihr Kind immer am Trottoirrand hält und den Blickkontakt mit dem Fahrzeuglenker sucht.
- Suchen Sie sich den sichersten und nicht unbedingt den kürzesten Schulweg aus, und achten Sie, dass Ihr Kind wenn möglich in einer Gruppe von Schulkindern mitläuft. Denn eine grössere Schar warnt die Autofahrer.
- Wenn Ihr Kind Ihnen über Vorfälle auf dem Schulweg berichtet, gehen Sie auf die Erzählungen ein, auch wenn sie für Sie unbedeutend scheinen.



Die Schulzeit hat in unserem Land wieder begonnen. Es sind daher alle Verkehrsteilnehmer aufgefordert, besondere Rücksicht walten zu lassen und den Schülern das Überqueren der Strasse an Fussgängerstreifen zu ermöglichen, auch dort, wo kein Lichtsignal installiert ist.

- Beobachten Sie Ihr Kind gelegentlich unauffällig auf dem Schulweg. So können Sie es auf Fehler und Unachtsamkeiten aufmerksam machen.
- Ihr Kind sollte genügend Zeit für den Schulweg haben. Wenn es sich in Zeitnot fühlt, provoziert dies seine Unachtsamkeit.

## DDR will am 14. Oktober der Bundesrepublik beitreten

Sondersitzung der Volkskammer am 9. Oktober - Kompromiss verhindert «Noteintritt»

Ost-Berlin (AP) Die DDR wird aller Voraussicht nach am 14. Oktober der Bundesrepublik beitreten. Ministerpräsident Lothar de Maiziere und die Fraktionsvorsitzenden aller im DDR-Parlament vertretenen Parteien verständigten sich am Dienstag in Ostberlin mehrheitlich auf eine Sondersitzung der Volkskammer am 9. Oktober, bei der dann genau ein Jahr nach der grossen Leipziger Demonstration die Abgeordneten den Beitritt mit Wirkung zum 14. Oktober beschliessen sollen. Das teilte de Maiziere am Dienstag in Ostberlin nach dem Treffen mit den Fraktionsspitzen vor Journalisten mit.

Mit dem Kompromiss konnte de Maiziere einen von mehreren Fraktionen noch für diese Woche angestrebten «Notbeitritt» der DDR abwenden. Angesichts der immer schwierigeren Wirtschaftslage wollten sowohl FDP, DSU wie auch Teile

der SPD auf der Volkskammersitzung am Mittwoch den sofortigen Beitritt beantragen.

Unmittelbar nach dem Gespräch mit de Maiziere gingen die Fraktionsvorsitzenden zu Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl. Dort sollte über die Sitzung am 9. Oktober gesprochen werden. Zudem muss noch geklärt werden, wie die nächsten drei Sitzungstage von Mittwoch bis Freitag ablaufen. So ist unklar, ob die Volkskammer noch die bereits zurückgetretenen SPD-Minister abwählen muss.

Die Fraktionen müssen dem Kompromiss ihrer Vorsitzenden noch zustimmen. Sie trafen sich teilweise unmittelbar nach Verkündung des Termins zu Sondersitzungen. SPD-Fraktionssprecherin Helga Wanke sagte, in der Fraktion werde es heisse Diskussionen geben. «Es drängen bei uns einige auf einen sofortigen Bei-

tritt.» Das letzte Wort sei noch nicht gesprochen. Auch die DSU, die bereits am 17. Juli beitreten wollte, begann um 13.00 Uhr mit einer Sondersitzung. Sprecher Mario Pauwen erklärte, es werde vermutlich eine Mehrheit in der DSU für den Kompromiss geben. «Doch unser ursprünglicher Wunsch war das nicht.» Die DSU wolle aber, dass das «Gezerre und Geziehe um den Beitritt so schnell wie möglich» aufhöre.

De Maiziere sagte, in der Sondersitzung der Volkskammer am 9. Oktober sollen noch einmal alle Parteien die Möglichkeit erhalten, abschliessend zu Vorgehen und Zukunft des Landes Stellung zu nehmen - nach dem Motto: «Wo kommen wir her, wo wollen wir hin.» Der Ministerpräsident sagte, die Diskussion um den Beitritt solle «ein gewisses Mass an Würde bekommen».

## DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell - frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.